

mitte drin

Ausgabe 11 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Rot-Rot-Grün: Zu früh für Wahlkampfmodus

Schaut man sich die öffentlichen Äußerungen unserer Koalitionspartner – insbesondere der SPD – in den letzten Wochen an, so könnte man meinen, in Berlin sei bereits der Wahlkampf ausgebrochen.

Dabei ist völlig klar, es ist noch fast ein Jahr bis zur Abgeordnetenhauswahl 2021. Und dieses müssen wir nutzen. Und zwar gemeinsam als rot-rot-grüne Koalition. Für den Wahlkampfmodus ist es noch viel zu früh.

Mitten in der Corona-Pandemie gibt es deutlich Wichtigeres zu tun als parteipolitische Profilierungsversuche. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass am Ende nicht die Ärmsten für die Krise zahlen. Die Lehre aus vergangenen Krisen ist, dass auf keinen Fall zu Lasten der öffentlichen Einrichtungen oder der sozialen Sicherungssysteme gespart werden darf. Am Gesundheitswesen vieler Länder sieht man derzeit, dass eine neoliberal ausgerichtete und

privatisierte Infrastruktur genau dann nicht funktioniert, wenn die Menschen am meisten auf sie angewiesen sind. Wir verfolgen deshalb unseren linken Kurs weiter, die Infrastruktur, die Energienetze und möglichst viele Grundstücke und Wohnungen wieder in die öffentliche Hand zu holen. Die Rückholung des Stromnetzes wollen wir noch in dieser Legislatur stemmen.

Auch bei den Themen Klima und Verkehr stehen wir in Berlin vor riesigen Herausforderungen. Die ökologische Verkehrswende umzusetzen und die Stadt entsprechend umzubauen und zu entwickeln, ist eine Mammutaufgabe. Auch uns geht der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere der Straßenbahnen, und der Radwege, oft nicht schnell genug. Aber es geht auch nicht schneller, wenn sich die Koalitionspartner in populistischen Forderungen überbieten, anstatt an einem Strang zu ziehen.

Dass Rot-Rot-Grün wirken kann, haben



Anne Helm, Vorsitzende der Linksfraktion

wir schon an vielen Stellen bewiesen, sei es mit dem Mietendeckel, der Erhöhung des Mindestlohns des Landes und bei öffentlichen Aufträgen auf 12,50 Euro, dem kostenlosen Schülerticket oder bei jedem einzelnen Haus, das dank Vorkaufsrecht einem Investor weggeschnappt und in die öffentliche Hand gebracht werden konnte.

Auch in meinem Feld der Innenpolitik

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Mehr Obdachlosigkeit in Zeiten der Corona-Pandemie?

Corona hat Berlin zunehmend im Griff. Besonderes Augenmerk muss dem Schutz der Schwächsten gelten. Senatorin Elke Breitenbach berichtet, wie unsere Stadt im kommenden Winter auf die Versorgung von Obdachlosen mit Notunterkünften vorbereitet ist.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Steigende Zahl psychischer Erkrankungen durch Corona?

In Zeiten der Pandemie steigen auch in Berlin die psychischen Erkrankungen. Die Psychotherapeutin Dr. Ulrike Freikamp hat ihre Praxis in der Großen Hamburger Straße. Sie berichtet über eine deutlich wachsende Zahl von Patient*innen mit Depressionen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Kosten über Kosten – was kostet die Corona-Pandemie?

Millionen, Milliarden oder doch Billionen? – Wie hoch sind die derzeitigen pandemiebedingten Mindereinnahmen und Zusatzausgaben? Thomas Licher nähert sich dieser Frage und beschreibt wie Berlin und seine Regierungskoalition in dieser Situation handelt.

Fortsetzung auf Seite 8 ▷

Macht mit: DIE LINKE. Wahlprogramm Werkstatt

Werkstattgespräche mit Fachleuten und Aktivisten per Video-Konferenz –

Alle Themen und die nächsten Termine findet Ihr hier:

www.dielinke.berlin/2021/werkstattgespraeche

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Vereinte Kräfte für die Berliner Bürgerämter

Eine Zwischenbilanz

Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Inneres (SenInnDS) hatten sich die Bezirke vor knapp zwei Monaten auf verschiedene Maßnahmen verständigt, um die Terminsituation der Bürgerämter zu verbessern. Diese Maßnahmen sind in den Bezirken überwiegend umgesetzt und es ist Zeit für eine kurze Zwischenbilanz.

Nach der Sondersitzung der Bezirksstadträte für Bürgerdienste und der SenInnDS Ende Juli wurden separate Terminbuchungskanäle für besonders gefragte Dienstleistungen, eine Mindestöffnungszeit von 35h/Woche und eine Verlängerung des Termin-Vorbuchungszeitraums eingeführt. Das Terminangebot konnte so im September tatsächlich wieder auf das Vor-Corona-Niveau im Frühjahr steigen. Zwar steigt die Quote der Terminverfügbarkeit

erfreulicherweise konstant an, doch für viele Bürger*innen ist dies leider noch nicht spürbar. Dies liegt vor allem an dem schnellen Wegbuch freier Termine und dem immer noch bestehenden Rückstau.

Die SenInnDS rekrutiert nun zentral personelle Verstärkung, die voraussichtlich ab Februar 2021 die Bürgerämter unterstützen soll.

Dass die Qualität der Verwaltung mit dem Personal steht und fällt, zeigen die jüngsten Ergebnisse des Leitprojektes "Weiterentwicklung Bürgerämter". Im Rahmen dieses Projektes beauftragte die SenInnDS das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) mit der Durchführung von Kundenzufriedenheitsbefragungen in den Berliner Bürgerämtern. Die Befragungen wurden von Oktober 2019 bis März 2020 mit sechs Bezirken pilotiert - darunter auch Mitte. Mit

der Betreuung durch die Mitarbeitenden sind die rund 3.050 befragten Kund*innen standortübergreifend in Mitte sehr zufrieden (91,5 von 100 Punkten).

Damit Mitarbeitende mit Freundlichkeit, Flexibilität und Fachkompetenz am Tresen im Frontoffice Bürger*innen zur Verfügung stehen können, muss auch das Backoffice im Hintergrund funktionieren. Wenn das Backoffice wegen der Bearbeitung der Rückstände und Anträge durch Mitarbeitende im Frontoffice unterstützt werden muss, wirkt sich dies wieder negativ auf die Terminangebote aus. Für die zentrale Personalrekrutierung der SenInnDS wird Mitte daher auf jeden Fall Bedarfe melden und auf eine schnelle Einstellung hoffen.

Ramona Reiser
Bezirksstadträtin für Jugend,
Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

BVV im Oktober in Herbst-Pause

Aufgrund der Herbstferien fand im Oktober keine Bezirksverordnetenversammlung statt. Das heißt aber nicht, dass die Linksfraktion in dieser Zeit nicht weiter für die Menschen im Bezirk unterwegs war.

Als sportpolitischer Sprecher meiner Fraktion war ich im Bezirk unterwegs und sprach mit den Sportvereinen über ihre Probleme. Viele haben den ersten Lockdown aufgrund des Coronavirus gerade so überstanden. Sollte ein zweiter kommen, kann es vielen Sportvereinen im Bezirk das Genick brechen. Kinder verlieren ihre Vereine, wirtschaftliche Existenzen, die an diesen Vereinen hängen, werden zerstört und ehrenamtliches Engagement wird massenhaft aufgegeben. Und das passiert, weil einige sich nicht an Abstandsregeln halten können. Wenn die Ausbreitung des Coronavirus nicht gestoppt wird, wird das große Auswirkung auf den Sport in Mitte haben.

Im Oktober gab es auch ein zweites Problem, bei dem die Linksfraktion versucht zu helfen: bei der „Friedensstatue“, die der

Korea-Verband am Unionpark hat aufstellen lassen. Es ist ein Mahnmal, das an die sexuelle Gewalt und Zwangsprostitution erinnert,



Gerechtfertigtes Mahnmal für historische Tragödie

die Japan im Zweiten Weltkrieg begangen hat (mehr Informationen zu „Trostfrauen“ findet man auf www.trostfrauen.de). Die Statue soll auf die Forderungen der Überlebenden nach Anerkennung, Aufarbeitung und Entschuldigung, die bis heute nicht erfüllt worden sind, sowie die Kontinuität sexualisierter Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten wie auch in Friedenszeiten aufmerksam machen.

Nach der Aufstellung hat die japanische Botschaft Druck auf das Außenministerium, den Berliner Senat und den Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) ausgeübt, woraufhin dieser die Genehmigung für die Statue im öffentlichen Raum zurücknehmen ließ. Aufgrund von Protesten ließ er von einem sofortigen Abriss der Statue absehen. Die Linksfraktion Berlin-Mitte wird sich aber in der Bezirksverordnetenversammlung dafür einsetzen, dass die Statue erhalten bleibt.

Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE in
der BVV von Berlin-Mitte

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden

an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kältehilfe in Zeiten der Pandemie

Am 1. Oktober 2020 startete die Kältehilfe für Obdachlose in Berlin mit 500 Übernachtungsplätzen. Die Platzzahl wird – wie in der Vergangenheit auch – nun schrittweise erhöht.

Die Corona-Pandemie stellt die Kältehilfe vor ganz besondere Probleme: Um die Abstands- und Hygieneregeln einhalten zu können, muss eine Entzerrung stattfinden. Dabei stehen in dieser Saison in den Einrichtungen deutlich weniger Betten zur

trägt. Im nächsten Schritt mussten die Bezirke dann mit den Trägern Rücksprache halten und benennen, wie viel Mehrkosten sie wegen der Pandemie in ihren Unterkünften noch haben. Jetzt prüft die Finanzverwaltung die Mehrkosten und gibt die Zusage an die Bezirke, die die Träger informieren.

Derzeit versuchen wir Schnelltests auf eine Covid19-Infektion für die Beschäftigten und Gäste der Einrichtungen der Kälte-

Hilfe zukommen zu lassen. Gerade in der niedrighwelligen Kältehilfe, die anonym genutzt wird und in der täglich die Übernachtungsgäste wechseln, ist eine Kontaktverfolgung nicht möglich.

Die meisten obdachlosen Menschen in der Kältehilfe hätten – zumindest vorübergehend – Anspruch, in Wohnheimen untergebracht zu werden. Die Bezirke könnten sie erst einmal in Notunterkünfte nach dem ASOG-Gesetz unterbringen, anstatt sie in prekären Situationen in der Kältehilfe zu belassen. In einem Clearingverfahren könnte dann in Ruhe geprüft werden: Hat der Mensch Anspruch auf Sozialleistungen? Das ist Voraussetzung für eine dauerhafte Unterbringung. Das nutzen die Bezirke meines Erachtens viel zu wenig. Mit den Einrichtungen, die der Senat im Rahmen seiner gesamtstädtischen Verantwortung in der ersten Corona-Welle ganztags für Obdachlose geschaffen hatte, hatten wir dies recht erfolgreich ausprobiert.

Bislang gab es zahlenmäßig noch relativ wenig bestätigte Covid19-Infektionen unter den obdach- und wohnungslosen Menschen in Berlin. Warum sich so wenig Menschen auf der Straße angesteckt haben, ist unklar. Möglicherweise, weil die Ansteckungsgefahr draußen nicht so groß ist. Klar ist, dass wir mit der AHA-Formel – also Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmaske tragen – in den Einrichtungen bisher gut durch die Pandemie gekommen sind. Die Quarantänestation der Berliner Stadtmission für Obdachlose in der Lehrter Straße, die wir gemeinsam mit dem Bezirk Mitte finanzieren, ist bislang kaum genutzt worden. Es waren bislang lediglich sechs obdachlose Menschen dort. Aber das kann sich jetzt ändern.

Elke Breitenbach
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales



Senatorin Elke Breitenbach im Gespräch mit Hilfesuchenden

Verfügung, manche Unterkünfte bleiben wegen der Pandemie ganz geschlossen.

Das bedeutet, dass wir zusätzliche Einrichtungen und mehr Personal brauchen, um auf die geplanten 1.000 Schlafplätze zu kommen. Dazu laufen unter anderem Gespräche mit Hostels.

Der Finanzsenator und ich haben vereinbart, dass das Land Berlin die pandemisch bedingten Mehrkosten in der Kältehilfe

hilfe zu Infektionsschutz und Sicherheit zu gewährleisten. In der Kältehilfe (und anderen Unterkünften für wohnungslose Menschen) werden Testkapazitäten benötigt, um einerseits das Eindringen von Infektionen in die Einrichtungen zu vermeiden und um andererseits den wohnungslosen Menschen im Falle einer asymptomatischen oder sonst noch unentdeckten Infektion die notwendige medizinische

Fortsetzung von Seite 1: Rot-Rot-Grün: Zu früh für Wahlkampfmodus

konnten wir nach langen und zähen Verhandlungen mit den Koalitionspartnern zuletzt zahlreiche gute Kompromisse für eine progressive linke Politik erreichen. Mit dem neuen Versammlungsgesetz und der Reform des Polizeigesetzes (ASOG) stärken wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Polizei und der Verwaltung. Dazu kommt die Stelle für einen unabhängigen Polizeibeauftragten,

mit der Missstände bei der Polizei besser aufgeklärt werden sollen.

Dass es hier offenbar ein großes strukturelles Problem gibt, zeigen unter anderem die in den letzten Wochen aufgelegenen rassistischen Chatgruppen oder die zahlreichen Versäumnisse bei der Aufklärung der rechten Terrorserie in Neukölln. Unsere innenpolitischen Vorhaben sind derzeit noch im parlamentarischen

Verfahren – müssen also noch beschlossen und vor allem umgesetzt werden. So bleibt auch hier noch viel für uns zu tun für das verbleibende Jahr der Legislaturperiode. Wir als Linksfraktion werden mit aller Kraft weiter daran arbeiten, Berlin sozial und ökologisch zu gestalten.

Anne Helm
Vorsitzende der Linksfraktion
im Berliner Abgeordnetenhaus

Menschen in Mitte

Psychotherapeutin in Berlins Mitte: Dr. Ulrike Freikamp

Nahzu verdreifacht hat sich laut AOK seit Beginn der Coronavirus-Pandemie im Frühjahr die Anzahl von Personen in Deutschland mit Depression. Ängste, Stress und zunehmende Belastung am Arbeitsplatz haben den Anteil psychischer Erkrankungen am Gesamtkrankenstand im ersten Halbjahr 2020 auf 20 Prozent anwachsen lassen.

Volkswirts der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst begann sie am 1. September 1989 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Dresden. Noch bevor sie ihre Dissertation beenden konnte wurde sie 1991 wie die meisten Wissenschaftler dort „abgewickelt“. Als Dozentin in der Erwachsenenweiterbildung sowie beim Internationalen Bund für So-



Dr. Ulrike Freikamp

„Wir sind längst an den Grenzen des Machbaren angelangt“, bestätigt die Psychologische Psychotherapeutin Dr. Ulrike Freikamp die Situation. „Meine Arbeitszeit von 40 Konsultationsstunden wöchentlich ist nicht mehr ausreichend für die Behandlung der Hilfesuchenden. Es gibt zu wenige Psychotherapeut*innen“. In der Praxis der 55-jährigen Psychoanalytikerin im St. Elisabeth-Haus in der Großen Hamburger Straße können zur Zeit keine neuen Patient*innen aufgenommen werden. „Die Betroffenen kommen aus allen Bevölkerungsschichten und Berufen, sind im Alter zwischen 15 und 67 Jahren. Viele müssen drei bis vier Jahre behandelt werden.“ Anders als in gängigen Klischees arbeitet sie mit Patient*innen, die auf der Couch liegen, ihr gegenüber sitzen oder mit Kindern und Jugendlichen auch spielend. „Jetzt, während der Pandemie, bin ich auch mit Hochrisikopatienten im Videogespräch“.

1965 in Hennigsdorf geboren, wuchs Ulrike Freikamp in Dresden auf, machte dort das Abitur. Mit dem Diplom eines

zularbeit fand die vierfache Mutter eine Zwischenlösung. „1997 entschloss ich mich für das Psychologie-Studium wiederum an der Dresdner TU, ging zwei Jahre später nach Berlin an die Freie Universität, schrieb mit am Fachbuch ‚Kritik mit Methode‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Forschungsmethoden der Sozialwissenschaften“, fasst sie ihre bewegte Entwicklung vor und nach der „Wende“ zusammen. 47-jährig errang sie 2012 ihren Dokortitel der Psychologie.

„Unser Gesundheitswesen braucht dringend bessere Konditionen“, erklärt Ulrike Freikamp als Verordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte. „Im Mittelpunkt meiner Arbeit dort steht der Einsatz für eine gute Gesundheitsversorgung in Mitte für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen und Versicherungsstatus. Deshalb liegt mir die Schaffung eines Mustergesundheitsamtes besonders am Herzen.“

Matthias Herold

Kurznachrichten

➤ 340.000 Wohnungen werden billiger

Am 23. November tritt in Berlin der Mietsenknappungsanspruch als zweite Stufe des „MietenWoG Bln“ in Kraft, das Gesetz zur Mietbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin. Vermieter müssen bei Bestandsmietverträgen die Mietzahlungen senken, sofern die im Gesetz definierten Obergrenzen um mehr als 20 Prozent überschritten sind. Stadtentwicklungssenator Sebastian Scheel (Linke) schätzt, dass Mieter von rund 340.000 Wohnungen einen Anspruch auf Absenkung ihrer Miete haben, weil diese nach dem Gesetz als überhöht gilt.

➤ Spät kommt, jedoch er kommt

Nach vielen Jahren Bauverzögerung eröffnete am 31. Oktober der Flughafen Berlin Brandenburg BER. Eine Woche nach der Eröffnung schloss der Flughafen Berlin Tegel, der Flughafen Berlin Schönefeld ging im neuen Großflughafen auf. Der Hauptstadtflughafen BER ist seit 26. Oktober von Berlin aus erstmals direkt mit der S-Bahn zu erreichen. Zu den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am späten Nachmittag fährt die S-Bahn-Linie S9 alle 20 Minuten bis zu den Terminals 1 und 2.

➤ Event-Branche vor dem Kollaps

Die Event-Branche ist der sechstgrößte Wirtschaftszweig im Land mit einem Jahresumsatz von 130 Milliarden Euro. Mehr als eine Million Menschen arbeiten hier in 300.000 Unternehmen. 900.000 Menschen profitierten von ihr in der Gastronomie und der Hotellerie. Durch Corona ist die Branche gelähmt. Durch einen Umsatzeinbruch von 80 bis 95 Prozent bei hohen Fixkosten stehen viele Firmen vor dem Aus. Soloselbstständige sind besonders betroffen.

➤ Friedrichswerdersche Kirche wieder geöffnet

Die von Karl Friedrich Schinkel entworfene und 1830 eröffnete Kirche ist für die Öffentlichkeit seit Ende Oktober für Ausstellungen wieder nutzbar. Nach Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und denkmalgerechtem Wiederaufbau durch die DDR zur 750-Jahrfeier Berlins musste sie vor acht Jahren unfreiwillig schließen. Durch den Bau von Luxuswohnungen nebst Tiefgaragen in unmittelbarer Nähe entstanden schwere Schäden an dem Denkmal. Die Kirche musste daraufhin geschlossen werden.

Bei anderen gelesen

► „Kapitalistischer Realismus“

Machtfrage: Endlich mitspielen. Die Linke will weg vom Image der Protestpartei. Gegen das Tohuwaboju Parteivorsitz Frau, Mann, Ost, West, Fundi, Realo.

Um regierungstauglich zu werden, wurde im Mai Gregor Gysi, der als einer der letzten Linken gilt, die eindeutig als „Realo“ identifizierbar sind, als Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion gewählt. Gegen diesen Weg wehren sich Vertreter des linken Parteiflügels. Unter dem Titel: Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, Rüstungsexporte verbieten wenden sie sich gemeinsam mit anderen Lagern gegen die Regierungsfreunde mit den Worten Willi Brandts: „Es hat keinen Sinn, eine Regierungsbeteiligung für die Linken zu erringen, wenn der Preis dafür ist, keine Linke mehr zu sein.“

„Der Freitag“, Ausgabe 36/2020

► Anschlussfolgen

30 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD droht die Welt in Krise und Krieg zu versinken. Es hat sich bestätigt: Imperialismus ohne Expansion, Aggression, Hochrüstung, Rüstungsexport, Krieg und Kriegsgefahr bis hin zur Drohung mit einem atomaren Inferno gibt es nicht, es sei denn, er wird gezügelt, sozial und militärisch. Wolfgang Harich sagte 1988: „Wenn die DDR fällt, fällt der Sozialismus bis Wladiwostok.“ Er hatte recht. Die DDR war eine Art Schlußstein im Gebäude des Europäischen Sozialismus. Der Satz von Egon Bahr, er kenne kein zweites Volk, das so ausgeplündert worden sei wie die Ostdeutschen, sprach das wirtschaftliche Geheimnis des Abschlusses aus. Das alles, insbesondere die vom Kanzleramt gesteuerte Verleumdung der DDR und des Sozialismus, war ein Programm zur Wiederbelebung des Faschismus.

„RotFuchs“, Oktober 2020

► Staatenlose brauchen eine Stimme

Es gibt viele Gründe dafür, dass Menschen staatenlos sind. Sie reichen von der Anerkennung der Staatsangehörigkeit über Flucht und Vertreibung bis hin zu religiöser Diskriminierung oder den Folgen nomadischer Lebensweise. Dieser Lage könnte man durch eine leichtere Einbürgerung und die Aufhebung ihres Status als Staatenlose entgegenwirken. Menschenrechte sind Widerstandsrechte gegen alle Formen der Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Es geht um soziale und politische Handlungsoptionen und Teilhabemöglichkeiten, damit die Weltlosen der Weltlosigkeit entkommen und ihre Handlungsfähigkeit und die Identität sowie Menschenwürde zurückgewinnen können.

„Atlas der Staatenlosen“
der Rosa Luxemburg Stiftung

Tausende Wohnungen an Immobilienkonzern verkauft

Mieter in Mitte fürchten Luxusmodernisierung und Umwandlung

Der Ausverkauf der Stadt - speziell in Mitte – wird zurzeit durch einen Coup des schwedischen Immobilien-Konzerns Heimstaden AB geradezu auf die Spitze getrieben. Knapp 4000 Wohnungen wurden gekauft.

Der Kaufrausch des berüchtigten Immobilien-Konzerns lässt weitere Verdrängung und die Verknappung von Wohnraum erwarten – obwohl sich etwas mehr als die Hälfte der Häuser in Milieuschutzgebieten befindet und es noch unklar ist, ob diese Immobilien von dem schwedischen Unternehmen übernommen werden können.

Heimstaden und in seinem Auftrag handelnde Investment-Gesellschaften wie die Skjervan Group sind allerdings bekannt für Leerstand, Luxus-Sanierungen und Umwandlung in Eigentum. Sogar Mikro-Luxusapartements sind im Programm: alles, was Höchstprofite und Dividendensteigerung möglich macht.

Die Bezirke haben in Milieuschutzgebieten ein gesetzliches Vorkaufsrecht. Ein privater Erwerber kann die Ausübung des Vorkaufsrechts nur abwenden, wenn er sich bindend zur Einhaltung besonderer Mieterschutzvorschriften verpflichtet und beispielsweise auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verzichtet. Solche Abwendungsvereinbarungen hat Heimstaden rundweg abgelehnt.

Für die Ausübung des Vorkaufsrechts hat der Bezirk nur zwei Monate Zeit. Ein weiteres Problem: Die Kaufpreise sind jetzt meist so hoch, dass sich nur wenige finden, zu deren Gunsten der Bezirk das Vorkaufsrecht ausüben kann.

Zahlreiche Mieter-Initiativen, Hausgemeinschaften, die Mietergewerkschaft und Kiezversammlungen wie das Ini-Forum, 23 Häuser sagen NEIN!, 5 Häuser, AKS Gemeinwohl, OsKo bleibt!, Elwe 44 u.v.a. stemmen sich gegen die Ausverkaufsversuche von Heimstaden und Co. und suchen Lösungswege über Vernetzung und gemeinsamen Protest. Es bleiben nur wenige Wochen.

Die Mieter-Initiativen wollen Druck auf den Senat und die Bezirksämter ausüben, um die lebens- und liebenswerten Kiezstrukturen aufrechtzuerhalten. Das bedeutet:

- Schutz der Häuser in den Erhaltungsgebieten trotz der finanziellen und politischen Hürden, z.B. brauchen die Bezirke

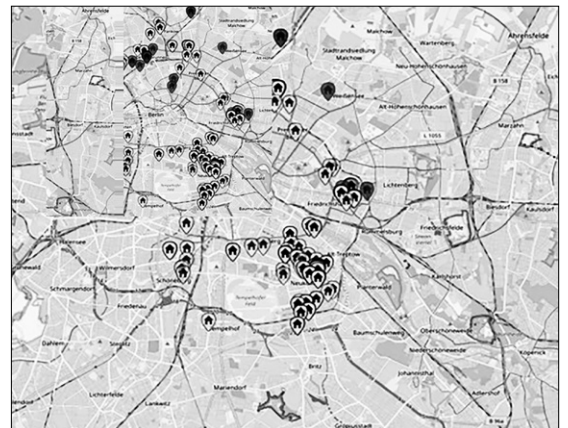
dringend mehr Zeit, um die Ausübung des Vorverkaufsrechts vorzubereiten; eine Petition wurde schon gestartet

- Auch außerhalb der Erhaltungsgebiete sind Erfolge nur durch kraftvolle Aktionen gegen die Spekulanten-Milliardäre möglich.

Nicht zufällig standen in den bisherigen Diskussionen drei wichtige Forderungen im Mittelpunkt:

1. Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts, auch in anderen Bereichen
2. zeitliche Verlängerung des Mietendeckels
3. Anwendung des Enteignungsrechts bei über 3000 Wohneinheiten.

Rainer Scholz



Karte mit der Lage der bisher von Heimstaden gekauften Häuser

<https://iniforum-berlin.de/2020/10/vernetzung-zum-protest-gegen-heimstaden-ab/>

Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße
Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Eine Frage der Gewöhnung

Soll man zu Hause bleiben? Am Wohnort? Berlin-Mitte ist groß, das Frühstück im Wedding wird zur Herausforderung. Sonntags fährt kein Bus 142, aber wenn die Heidestraße fertig ist, so die Gastgeber, könnte sich das ändern.

Also U8 bis Osloer, dann U6. Verspätete Nachtgestalten, auch Bettelnde steigen ein und aus, nicht zwingend mit Maske, aber gesellig. Der Berliner Herbst hat güldene Momente. Nicht Wetter, sondern Bekleidung schafft Stimmungen. Wenn ich könnte, ich würde Autofahren, den ÖPNV meiden. Fußläufig gibts das Nötige, Besonderes braucht längere Märsche, da entfällt beschauliches Flanieren. Andere lassen Lebensmittel, Schuhe, Bücher, Möbel, Medikamente liefern, ich sehe beim Einkaufen, wie der seit einem Jahr zugesagte Umbau in der Invalidenstraße noch nicht beginnt. Das heißt Parkplätze, Autos, unangepasste Ampelschaltung. Keine Fahrradspur. Die Stimmung kippt. Den bösen Blick verdeckt keine Maske, gereizter und gröber wird agiert, Mürrische werden mürrischer, öde Schaufenster öder, manche Maskierungen sind witzig. Das Wirrwarr alter und neuer Corona-Erlasse, Regeln, Verordnungen, Verkündungen, Gebote, Bitten, Warnungen, Hinweise und allgemeiner Tipps setzt sich fest. Auf Bürgersteigen sind nach wie

vor Radfahrende, überall wird gebaut, auch in meiner Wohnung, manche Straßen verengt das. Wo Ampeln die ordnende Kraft verlieren, verstopfen Autos den Übergang, mäandert unersereins von hier nach da.

Das öffentliche Fernsehen verfestigt sommerliche Bilder vom Feier-Hotspot Rosenthaler Platz, verschweigt aber, dass man auch hier distanziert essen, trinken, quatschen und warten kann. Fenster auf, Fenster zu, Nächte werden länger, kälter, ruhiger. Heizpilze kommen nun doch. Stammen meine grünen Warn-App-Begegnungen von Bäcker, Augenarzt, Straßencafé oder Tram? Das bleibt unaufgeklärt. Man vergisst sowieso zu schnell, wo man vorvorgestern war. Die Anfangsbestürzung ist zurück. Früher ging niemand mit Maske einkaufen, künftig ist das Zeitgeschichte, Lernstoff für Kinder. Bei Fielmann gibts Tücher gegen beschlagene Brillengläser, ich war nicht in Kino und Theater, dank S-Bahn, Zeitfenster und Eingangs-Fiebertest aber zweimal im Potsdamer Barberini-Museum. Vor der Sparkasse Torstraße wacht tagsüber Security, immer mehr Restaurants



Mit Muskelkraft gegen Corona zum Shopping

verlangen sicherheitshalber das registrierende Scannen von QR-Codes. Weh denen, die noch kein Handy haben!

Irene Runge

Die Friedensstatue in Berlin – Ein Mahnmal gegen sexuelle Gewalt

In Berlin-Moabit, an der Ecke Bremer Straße und Birkenstraße, steht seit dem 28. September dieses Jahres eine Statue. Sie stellt ein junges Mädchen in traditioneller koreanischer Tracht mit einem Vogel auf der Schulter dar, das scheinbar ruhig auf einem Stuhl sitzt. Neben ihr befindet sich noch ein leerer Stuhl.

Das Ensemble wird von Blumensträußen umgeben, die Anwohner*innen und Aktivist*innen dort hinstellten. Doch die Ruhe täuscht. Ihre Haare sind nur grob geschnitten, die Fersen berühren nicht den Boden, und ihre Hände sind im Schoß zu Fäusten geballt. Das Kunstwerk strahlt Anspannung und Entschlossenheit aus.

Die Aktionsgruppe „Trostfrauen“ im Berliner Korea-Verband hatte die Friedensstatue gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Südkorea

und Deutschland aufgestellt, nach erteilter Genehmigung eines Antrags bei der Kommission für Kunst im öffentlichen Raum. Sie erinnert an das Schicksal von Hunderttausenden Mädchen und Frauen, die während des Asien-Pazifik-Kriegs (1931-1945) vom japanischen Militär verschleppt und als sogenannte „Trostfrauen“ sexuell versklavt wurden. Hier handelt es sich um historische Fakten, die jedoch von japanischen Rechten und Nationalisten seit Jahrzehnten geleugnet werden. So kam es nie zu mehr als halbherzigen Entschuldigungen, geschweige denn einer wirklichen historischen Aufarbeitung des Geschehens. Inzwischen ist die Statue in vielen Teilen der Welt als Symbol gegen sexualisierte Gewalt, ob in Konflikten oder Friedenszeiten, sowie gegen Geschichtsrevisionismus, bekannt.

Doch die Aufstellung der Statue in Berlin

löste Protestreaktionen an höchster Stelle in Japan aus. Der japanische Kabinettssekretär und Regierungssprecher Katsunobu Kato kündigte am 29. September 2020 an, gegen die Aufstellung vorzugehen und die Statue entfernen zu lassen. Japans Außenminister Toshimitsu Motegi nahm laut der nationalistischen Tageszeitung Sankei Shinbun dahingehend Kontakt zum deutschen Außenminister Heiko Maas auf.

Der Widerruf der Genehmigung zur Aufstellung der Statue konnte durch Proteste auf der Straße und in Fraktionen der BVV sowie rechtliche Schritte seitens des Korea Verbands gestoppt werden. Für den Moment steht die Statue noch, wahrscheinlich auch noch etwas länger. Die Stimmen in der Bezirkspolitik mehren sich, dass sie möglichst für immer stehen bleibt.

Benjamin Salzwedel

Aus dem Abgeordnetenhaus

Stadt sein. Welt werden.

Karl-Marx-Allee I und II, Hansaviertel, Corbusierhaus: In Ost- und Westberlin wurde nach dem Krieg soziale Moderne als Wohnstadt und Lebensort geplant und in die Welt gebaut. Im Wettstreit der Systeme, der zu jenen Zeiten ein kalter Krieg war. Aber dies – das Bauen, das Planen der neuen, modernen Stadt auf den Trümmern des Krieges – war ein friedlicher Wettstreit.

Ein Wettstreit, der große Architekten (kaum Architektinnen) auf den Plan gerufen hat, die ihre unterschiedlichen Vorstellungen davon, wie Menschen künftig wohnen, arbeiten, sich durch Stadt bewegen, Stadt nutzen, aufs Reißbrett brachten. Vieles wurde realisiert. Und vieles war, das lässt sich nicht leugnen, ideologisch befrachtet, spiegeln doch Architektur und Stadtplanung immer auch gesellschaftliche und ökonomische Übereinkünfte.

Seit 1990 sind die Stadtgebiete gemeinsames Erbe. Aber es brauchte Zeit, das auch so zu betrachten. Zuerst einmal wurden in einem Teil der Stadt Bauten der Nachkriegsmoderne geschleift (Ahornblatt, Palast der

Republik), fehlte es in dem anderen Teil an ausreichend Behutsamkeit im Umgang mit den vorhandenen Schätzen, überformte die Idee von der konsumgerechten Stadt ganze Quartiere mit Malls und Shoppingangeboten, in denen nachts Totentanz ist. Kämpften jedoch zugleich viele dafür, das Unverwechselbare und Besondere Berlins zu bewahren.

Karl-Marx-Allee I und II, Hansaviertel, Corbusierhaus sind weltweit einmalig. Geteilt und wiedervereint. Und es besteht die Chance, dass sie Weltkulturerbe werden. Ich finde, dass dies mehr wäre als ein schmückender Titel, eine bloße Geste, ein Argument fürs Stadtmarketing.

Shared Heritage, geteiltes Erbe, wäre ein Beitrag – die Bürger*innen und die Politik haben in der Vergangenheit bereits viel dafür geleistet –, die innere Einheit Berlins zu stärken. Aber brauchen wir dafür diesen Titel? Und wird uns das Weltkulturerbe nicht eine Form des Bewahrens und Erhalts auferlegen,



die dem Vorhaben, die Stadt klimagerecht und klimafest zu gestalten, entgegensteht? Darüber gilt es mit den Menschen, die in den Häusern wohnen und in den Quartieren leben, mit Politik, Stadtplanung, Kritiker*innen und Fürsprecher*innen zu diskutieren.

Unser gutes Vorhaben, das u.a. am 14. November im Kino International zu tun, müssen wir verschieben, denn in Corona-Zeiten können Pläne für große Zusammenkünfte erst einmal nicht umgesetzt werden. Wir machen einen neuen Anlauf im kommenden Jahr.

Carola Bluhm
Mitglied des Abgeordnetenhauses

„Es ist Zeit für eine neue Drogenpolitik“

Interview mit Philine Edbauer, Co-Initiatorin von **#mybrainmychoice**

Philine, du engagierst dich als Mitgründerin der #mybrainmychoice Initiative für drogenpolitische Reformen. Was motiviert dich?

Das Drogenverbot ist ein historischer Fehler. Es bedingt seit Jahrzehnten gewaltvolle illegale Strukturen und zerstört Lebensläufe. Unterschiedliche Menschen mögen unterschiedliche Drogen. Alkohol, Tabak und Medikamente legal zu regulieren, aber weniger populäre Drogen wie Ecstasy, Heroin, Cannabis

oder LSD zu kriminalisieren, ist nicht fair und gesundheitspolitisch fahrlässig. Die Verfügbarkeit illegalisierter Drogen ist nicht das Problem, aber die fehlenden Qualitätskontrollen erzeugen vermeidbare Risiken: Dosisschwankungen bei Ecstasy und Heroin zwischen angenehm und tödlich und auch ungewollte oder gefährliche Streckmittel. Eine weitere Gefahr ist, von der Polizei erwischt zu werden und dadurch einen Bruch im Lebenslauf zu erleiden. Die Aufgabe einer guten Drogenpolitik ist in unseren Augen, sichere Rahmenbedingungen für die Konsument*innen zu schaffen und nicht ihnen aus übergriffigen Moralvorstellungen über gute und schlechte Drogen zu schaden.

Von Juni bis September lief eure #neue-drogenpolitik-Kampagne; über 24.000 Menschen haben die Petition für eine unabhängige Fachkommission unterschrieben. Warum habt ihr die Petition initiiert?

Seit vielen Jahren fordern Expert*innen-Netzwerke wie die Autor*innen des

Alternativen Drogen- und Suchtberichts, dass das Fachwissen aus Drogen- und Suchtforschung sowie der Praxis und nicht zuletzt Konsument*innen-Perspektiven in die deutsche Drogenpolitik einfließen. Wir mischen uns nun öffentlichkeitswirksam ein, um es den politischen Verantwortlichen weniger bequem zu machen, das Anliegen zu ignorieren.

Am 29. September habt ihr der Bundesdrogenbeauftragten Daniela Ludwig (CSU) die Unterschriften überreicht. Hat sie das Anliegen verstanden?

Nein, es interessiert sie nicht. Sie hat sich das Thema so auf ihre dreijährige Amtszeit zurechtgeschnitten, dass sie sich als vermeintliche Heldin der Suchthilfe präsentieren und mit Law- and Order-Rhetorik ihre Wähler*innenschaft begeistern kann.

Hast du Tipps für Kampagnenarbeit?

Nicht aufhören, groß zu denken.

Interview: Paul Keydel



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 16.30-18 Uhr: 5.11., 19.11., 3.12., 17.12.

Das ist das Letzte

Da die CORONA-Hexe im zweiten Anlauf noch grimmiger ist, denke ich mit Wehmut ein halbes Jahr zurück. Damals staunte ich über die starken Ost-West-Kontraste in der Covid-Statistik. Ostdeutschland kam damals wesentlich besser weg als nebenan der Westen. Was das ND zu der Schlagzeile reizte: DER OSTEN TROTZT CORONA. Dieses Lob bröckelte dann, als Berlin zum „Hotspot“ wurde und breitere Testergebnisse vorlagen. Dennoch waren die Ostbezirke mit 25 bis 46 Infizierten je 100 000 Einwohnern deutlich gesünder als der West-Bezirk Neukölln, der Mitte Oktober mit 173 je 100 000 den deutschen Rekord hielt. Der ist schon von Bayern durchbrochen!

Da hörte ich doch nachts in einem Albtraum den von mir so getauften „Professor Spitzfinder vom Institut für Ostseuchen“ mit seiner westlichen „Entzauberung des Ostwunders“:

* „Ist doch kein Wunder, dass unsere Infektionen voraus sind. Der Osten ist doch schon immer dem Westen hinterher gehinkt!

* Die Ostbürger lebten Jahrzehnte in einer Diktatur. Daher die straffe Disziplin und Folgsamkeit bei der Einhaltung der Regeln.

* Der Osten verfügt über landeseigene Wohnungsbetriebe und Arbeiter-Wohnungs-Genossenschaften mit Mieten-Deckel. Da wurde die Solidarität zur Immunität.

* Außerdem wurde vielen Osis neben der Grippe-spritze auch die TBC-Impfung aufgedrängt. So stieg die Abwehrkraft. Aber nur bei doppelter Körperverletzung mit langen Nadeln!

* Man muss auch bedenken, dass die lange CO-2-Verseuchung durch Trabi und Wartburg bei den Osis eine Hornhaut um alle Atemwege wachsen ließ, an der nun die Viren abrallen!

Fazit: Diese „Herden-Immunität“ ist den freien Bürgern der freien Welt wesensfremd. China hat bei 1,4 Mrd. Menschen gezeigt, wie nur mit harter Quarantäne ein Sieg über die Covid-Hauptquellen gelungen ist. Soll der Westen dafür eine „friedliche Revolution“ wagen und alle Privilegien unserer Landesfürsten aufgeben? Dann rücken doch die Bayerischen Schützenvereine – ohne Mundschutz! – in Berlin ein! Die putschen und machen den Gendarmenmarkt zu ihrem Biergarten. Schafft Impfstoff her!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 27.10.2020

Ausgabetag für Nr. 12/2020 - 03.12.2020

Was kostet die Corona-Pandemie?

Wenn man die Frage im Internet nach den bisherigen Kosten der Corona-Pandemie eingibt, bekommt man bei der gängigen Suchmaschine die gigantische Summe von 1900 Mrd. Euro in einem Artikel der FAZ vom 9.Mai 2020 genannt.

Diese Schätzung der Deutschen Bank erscheint doch etwas zu hoch gegriffen. Der größte Teil der Kosten der Pandemie wird vom Bund getragen. Wegen Corona soll die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Nach der Ende September vorgestellten geplanten Neuverschuldung auf Bundesebene sollen in diesem Jahr 218 Mrd. und im kommenden Jahr 96 Mrd. Euro aufgenommen werden.

In der durch die Pandemie verursachten Wirtschaftskrise brechen die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen weg. Obwohl die Bauwirtschaft in der Bundesrepublik trotz Corona weiter boomt, wird schon jetzt eine Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei den Bau-Investitionen beschrieben.

Die SPD/LINKE/Grüne-Regierungskoalition in Berlin macht es besser und verstärkt nicht durch falsches Sparen noch zusätzlich den wirtschaftlichen Abschwung. Die geplanten Investitionen werden in Berlin nicht heruntergefahren, weil sie wie beim Schulbau dringend benötigt werden. Schon durch die Pandemie sind die Arbeitsbedingungen

in der öffentlichen Verwaltung schwierig. Wenn hier noch zusätzlich gespart werden sollte, würden gute Dienstleistungen für die Bürger*innen unmöglich gemacht. Für das Land Berlin ist in zwei Nachtragshaushalten eine zusätzliche Neuverschuldung von sechs Mrd. Euro geplant. Das Geld soll in erster Linie zum Ausgleich für ausgefallene Steuereinnahmen verwendet werden. DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat sich für eine langfristige Rückzahlung der neuen Schulden eingesetzt.

Auch soll den Bezirken nicht jeglicher finanzieller Spielraum entzogen werden. In der Vergangenheit war bei den Bezirken zuerst gespart worden.

Diese Sparauflagen gingen dann bis zur politischen Handlungsunfähigkeit.

Bis September 2020 hat Berlin für die Pandemie ca. 150 Mio. Euro direkt ausgegeben. Davon sind ca. 100 Mio. Zuschüsse an Kleinunternehmer, Freiberufler und So-lselbständige gegangen. Weitere 34 Mio. wurden für das Notfall-Krankenhaus in den Messehallen verwendet und 17,6 Mio. Euro für medizinisches Material. Weitere Hilfen in Höhe von 525 Mio. sind für Wirtschaft und Verbände vorgesehen.

Hoffentlich kommt Berlin trotz derzeit steigender Infektionszahlen weiter gut durch die Krise.

Thomas Licher

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener** an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an **info@die-linke-berlin-mitte.de**

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 94. Günter Gumpel
- Zum 93. Waltraud Starke
- Zum 92. Jutta Nesler
- Zum 91. Dina Lask, Rosemarie Walter
- Zum 90. Heinz Fuhrmann
- Zum 88. Rudi Müller
- Zum 87. Hannelore Gürnth, Klaus Höpcke
- Zum 85. Rudolf Jürschick
- Zum 84. Dieter Neumann
- Zum 83. Irene Kraft, Heinz Schuldt
- Zum 82. Bärbel Siegmund, Günther Heimann, Wolfgang Ulke
- Zum 80. Günther Nährig, Jörg Roesler